

WAS TUN NACH GENUA?

Alternativen für eine solidarische Welt

Die Breite des Protests in Genua – auch des Protests gegen die Brutalität der Ordnungskräfte – hat endlich auch in Deutschland das öffentliche Bewusstsein über die Gefahren der kapitalistischen Globalisierung wachgerüttelt. Die Mehrheit der Bevölkerung hält die Proteste für gerechtfertigt. Viele sind in den letzten Wochen auf Veranstaltungen gekommen, haben sich spontan ATTAC und anderen Netzwerken angeschlossen oder fragen sich einfach, was die Globalisierung mit ihnen zu tun hat. Das Unbehagen am globalisierten Kapitalismus nimmt allmählich konkrete Formen an: im Bedürfnis, den neoliberalen Angriffen endlich sozialen Widerstand entgegenzusetzen und sich über die gelegentlichen Demos hinaus politisch zu organisieren.

Kein Wunder – nach drei Jahren Schröder-Regierung und nichts als leeren Versprechungen! Abbau der Erwerbslosigkeit auf unter 3 Millionen? Nächstes Jahr werden es wohl über 4 Millionen sein! Keine weiteren Sozialkürzungen? Teilprivatisierung und Kürzung der Renten! Eine Teilprivatisierung des Gesundheitssystems, die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Abbau und Verteuerung der öffentlichen Verkehrssysteme kündigen sich bereits für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl an, und zwar unabhängig davon, wer die Regierung stellen wird. Und das alles bei erneutem Anstieg der Entlassungen, selbst dort wo Konzerne satte Gewinne machen. Armut und Ausgrenzung nehmen auch im reichen Deutschland zu, der Osten wartet mehr denn je auf einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung, die Abwanderung in den Westen hält an und für viele junge Menschen gibt es schlicht keine soziale Perspektive.

Den Unternehmern aber werden Milliarden geschenkt aus Steuergeldern gemacht, für eine wirtschaftliche Entwicklung, die unsere Lebensgrundlagen bedroht und den drei reichsten Menschen der Erde ein größeres Vermögen beschert, als das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt der 49 ärmsten Entwicklungsländer beträgt.

Schröder und Fischer hatten also gute Gründe, sich in Genua hinter meterhohen Festungsmauern zu verbarrikadieren. Die große Mehrheit der Weltbevölkerung aber wurde durch die 300 000 vertreten, die sich unter dem Motto versammelt hatten: „Sie G8 – Wir 6 Milliarden“.

Doch die Regierungen und Konzerne ignorieren weiterhin die Forderungen der Bewegung. Bei der nächsten Welthandelsrunde im November in Qatar wird ein Dienstleistungsabkommen (GATS) verhan-

delt, das Gesundheit und Bildung dem privaten Zugriff der Konzerne ausliefert; nach dem Scheitern des MAI plant die WTO die Einrichtung einer internationalen Stelle, die das Recht haben soll, gegen parlamentarische Entscheidungen, die den Konzernen nicht passen, ein Veto einzulegen; die Einführung des Euro verhindert, dass sich wirtschaftlich schwächere Länder in der EU mit währungspolitischen Instrumenten gegen negative wirtschaftliche Entwicklungen wehren können; die EU-Innenminister hebeln kurzerhand die Reisefreiheit („Hooligan-Datei“) und das Asylrecht aus (das deutsche Zuwanderungsgesetz soll EU-Norm werden); der Kriegseinsatz in Makedonien ist ein Probelauf für die Eingreiftruppe, die ab 2003 bereitstehen und die EU zu einer Militärmacht machen soll.

Wer heute wie die Regierung, aber auch einige Gewerkschaften, Ja dazu sagt, dass deutsche Konzerne den tödlichen Wettbewerb um Marktanteile und Profite auf Kosten von Millionen Menschen zu Hause und in anderen Teilen der Welt gewinnen, der muss all diese Kröten schlucken. Was gut ist für VW, ist nicht gut für uns – nicht für die Beschäftigten in Wolfsburg, nicht für die Beschäftigten in Puebla/Mexiko, nicht für die Erwerbslosen, nicht für die Umwelt. Unsere Stärke liegt nicht in der Allianz mit den Bossen, sie liegt im Aufbau einer länderübergreifenden Solidarität, die Bosse daran hindert, Belegschaftsteile, Erwerbslose, Landarbeiter, Frauen, Jugendliche und MigrantInnen gegeneinander auszuspielen.

Die Bewegung gegen die Konzernherrschaft, die fälschlicherweise „Antiglobalisierungsbewegung“ genannt wird, hat das verstanden und arbeitet seit Jahren am Aufbau eben dieser Solidarität. Mit Erfolg, wie man in Genua und in den vielen anderen Städten gesehen hat, die zum Schauplatz von Protesten geworden sind. Es ist eben nicht ein „Event-Hopping“, es ist eine soziale Rebellion gegen die dramatischen Auswirkungen jenes Kreuzzugs der Konzerne, der auch neoliberale Offensive genannt wird.

Seit Seattle reden die Politiker vom Dialog, den sie mit der Bewegung führen wollen. Aber bisher gab es keinen Dialog. Die Nichtregierungsorganisationen, die zu den internationalen Konferenzen eingeladen werden, sind handverlesen und zum größten Teil wirtschaftliche Lobbygruppen oder Verbände, die den Regierungen zuarbeiten. Nirgendwo wird sichtbar, wo die Regierenden und Konzernspitzen bereit wären, ihren Kurs zu ändern und soziale Rechte wie Existenzsicherheit, Lebensmittelsicherheit, Gesund-

heit und Bildung ernst zu nehmen.

Stattdessen spielen sie ein doppeltes Spiel und setzen rohe Gewalt ein, um die Bewegung zu terrorisieren und die in ihr Aktiven zu kriminalisieren. Wo Argumente und Zugeständnisse fehlen, sprechen Knüppel, Tränengas, Wasserwerfer und jetzt sogar scharfe Munition. Die Bundesregierung hat sich in der EU an die Spitze derer gesetzt, die der Bewegung mit militärischer Gewalt beikommen wollen: sie hat als erste sog. „Gewalttäter-Dateien“ und die Einrichtung einer europäischen „Krawall-Polizei“ vorgeschlagen, die außerhalb nationaler Gesetze operieren würde. Und sie setzt alles daran, dass die EU-Innenminister ihr auf diesem Weg folgen.

Was tun nach Genua? Gegen die Internationale der Geheimdienste, Provokateure und paramilitärischen Verbände helfen uns keine Steine. Den Wettlauf der Gewalt können wir nicht gewinnen. Gewinnen können wir nur, indem wir mehr werden, indem wir nach und nach die verschiedenen Schichten der Gesellschaft: abhängig Beschäftigte, Erwerbslose, Ausgegrenzte, Jugendliche und Frauen davon überzeugen, wie ihre Lebensgrundlagen durch die Herrschaft der

Konzerne, Hand in Hand mit den bürgerlichen Regierungen, untergraben werden. Dagegen müssen wir uns gemeinsam zur Wehr setzen. Genua hat die Bedingungen geschaffen, dass es in Italien einen „heißen Herbst“ geben wird: der Protest gegen die G8 schlägt in gesellschaftliche Auflehnung gegen die Regierung Berlusconi um. Auch bei uns ist eine konsequente Politik der Gegenwehr gegen Entlassungen und Betriebsschließungen, Sozialkürzungen und Demokratieabbau notwendig, die sich nicht an den Interessen der Unternehmer, sondern an sozialen Interessen orientiert.

Die weltweiten Aktionstage am 9. und 10. November gegen die WTO-Konferenz und die Großdemonstration am 15. Dezember in Brüssel gegen den EU-Gipfel müssen weitere Meilensteine zum Aufbau einer Gegenmacht werden. Vor Ort, im Stadtteil und am Arbeitsplatz müssen wir Strukturen dafür aufbauen.

Es ist immer dringlicher, auf der Basis der Forderungen der sozialen Bewegungen eine weltweite solidarische und demokratische Alternative zur Diktatur des Marktes und der Konzerne zu entwickeln.

Sofortige Freilassung aller Gefangenen von Göteborg und Genua!

Nein zu EU-Polizeitruppen! Für das uneingeschränkte Demonstrationsrecht in Europa!

Nein zur Privatisierung der öffentlichen Dienste, der sozialen Leistungen und natürlichen Ressourcen! Die Welt ist keine Ware!

Vollständige, bedingungslose Streichung der Auslandsschulden der Dritten Welt!

Nein zur Militarisierung! EU-Truppen raus aus dem Balkan!

■ Wir wollen eine internationale Wirtschaftsordnung, die sich auf Solidarität statt Konkurrenz gründet. Wir wollen, dass die wichtigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen von den Bevölkerungen beeinflusst und kontrolliert werden.

■ Wir wollen eine grundlegend andere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit, ein existenzsicherndes Einkommen für alle und die Souveränität, über unsere Zeit selber zu entscheiden!

■ Wir wollen multinationale Staaten, gleiche Bürgerrechte für alle und ein Europa mit offenen Grenzen. Menschen statt Profite!

Eine andere Welt ist möglich – eine Welt, die sich auf Solidarität und Selbstbestimmung gründet – eine sozialistische Welt.

isl ★ **internationale sozialistische linke**

Kontakt: internationale sozialistische linke (isl) · c/o SoZ-Verlag, Dasselstr.75–77, 50674 Köln
isl@die-welt-ist-keine-ware.de · <http://www.die-welt-ist-keine-ware.de>